

NEWSLETTER

**POLITIK AUF DEN
PUNKT GEBRACHT.**

Ausgabe vom 20. Oktober 2023



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Sitzungswoche stand nach wie vor unter dem Eindruck der Ereignisse in Israel. Meine Gedanken sind bei den israelischen Bürgerinnen und Bürgern, den Familien der Opfer und der Entführten der Terroranschläge. Gewaltverherrlichung und Antisemitismus, wie wir es in den vergangenen Tagen auf deutschen Straßen sehen mussten, dürfen wir hier unter keinen Umständen dulden. Mit der von uns als CDU/CSU gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen beantragten aktuellen Stunde zum Thema "Verherrlichung des Terrors in Deutschland unterbinden – Antisemitismus entschieden bekämpfen" drücken wir nochmals unsere Solidarität mit Israel und allen unter den Anschlägen und dem Terror der Hamas leidenden Menschen aus.

Ein weiteres Thema, das uns Unionsabgeordnete nach wie vor sehr umtreibt, sind die anhaltend hohen Zahlen von illegalen Zuwanderern. Die Zahl der Asylanträge in der EU ist auf dem höchsten Stand seit 2016, in Deutschland stiegen die Anträge um 74 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum an. Wir sind bereit, einen gemeinsamen Weg mit der Koalition zu gehen. Voraussetzung ist, dass die Ampel auf wesentliche Forderungen der Union eingeht. Wir müssen vor dem Jahreswechsel zu sichtbaren Ergebnissen kommen.

Zu viel Bürokratie lähmt nach wie vor unser Land. Während unter der unionsgeführten Bundesregierung Bürokratie abgebaut werden konnte, nehmen Regeln, Vorschriften und Berichtspflichten unter der Ampel wieder zu. Daher fordern wir eine Bürokratiebremse und eine Ausweitung auf eine "One in, two out"-Regel.

Mehr zu dieser Sitzungswoche lesen Sie im Folgenden. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

Ihr

Hermann Färber MdB

Inhalt

Anhaltende
Solidarität mit Israel

Bürokratieabbau
voranbringen

Übergabe der
Erntekrone im
Agrarausschuss

Rückblick auf Feier
zum Tag der
Deutschen Einheit

Terminvorschau

CDU



Bildquelle: CDU/CSU-Fraktion.

Aktuelle Stunde "Verherrlichung von Terror in Deutschland unterbinden – Antisemitismus bekämpfen"

Der 7. Oktober 2023 wird als schwarzer Tag in die Geschichtsbücher des jüdischen Volkes eingehen. Mehr als 1000 Israelis wurden durch die Terrororganisation Hamas ermordet, tausende Menschen sind verletzt und über 200 Geiseln wurde nach Gaza verschleppt. Seit dem Holocaust wurden nicht mehr so viele Jüdinnen und Juden gewaltsam um ihr Leben gebracht, wie bei den Terrorangriffen der Hamas in diesem Monat.

Letzte Sitzungswoche berichtete S.E. Ron Prosor, Botschafter des Staates Israel in Deutschland, der CDU/CSU-Fraktion aus erster Hand von den brutalen Angriffen auf sein Land. Seine Schilderung und eindringliche Bitte um anhaltende Solidarität waren tief berührend. Der Bundestag hat sodann einen gemeinsamen Entschließungsantrag der Ampel-Fraktionen und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen, in welchem die Solidarität mit Israel zum Ausdruck kam.

Zahlreiche Menschen befinden sich noch in Händen der Terroristen – unter ihnen auch deutsche Staatsangehörige. Es erschüttert uns, dass Demonstranten auf deutschen Straßen den Tod von Jüdinnen und Juden feiern und damit Hass, Hetze und offenen Antisemitismus öffentlich zur Schau stellen. Vereine und Organisationen unterstützen teils offen und teils unter dem Deckmantel vermeintlicher "humanitärer Ziele" die Hamas oder andere militante palästinensische Gruppen.

Wir müssen den Kampf gegen Antisemitismus nun noch entschlossener führen. Unser Rechtsstaat muss sicherstellen, dass jede Form antisemitischer Gewaltverherrlichung unterbunden und damit in Verbindung stehende Straftaten konsequent verfolgt werden. Meinungsfreiheit endet dort, wo zur Vernichtung Israels aufgerufen, Juden der Tod gewünscht oder der Holocaust geleugnet wird. Verbotene Demonstrationen gehören unterbunden und jüdische Einrichtung und jüdisches Leben in Deutschland geschützt. Dazu zählt auch, Vereine und Organisationen, die die Hamas oder andere islamistisch-militante Organisationen unterstützen, zu verbieten und aufzulösen.

Alle Zahlungen an die palästinensischen Gebiete und Organisationen müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Unser Maßstab muss sein: Wer Israel vernichten will oder den Holocaust verharmlost, der darf auch kein deutsches Steuergeld erhalten. Vor einem halben Jahr, am 12. Mai 2023, haben wir im Deutschen Bundestag den Jahrestag der Gründung des Staates Israel gewürdigt. Wir haben gemeinsam die Zusage erneuert, dass die Sicherheit und das Existenzrecht des Staates Israel sowie die Sicherheit der Jüdinnen und Juden in Deutschland Teil unserer Staatsräson sind. Diese Zusage gilt es nun einzulösen.



Schwerpunkte der Sitzungswoche

Bürokratieabbau jetzt vorantreiben

Überbordende Bürokratie gefährdet den Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland sowie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungs- und Leistungsfähigkeit unseres Staates. Die unionsgeführten Bundesregierungen haben dies in den vergangenen Legislaturperioden spürbar vorangetrieben und mit den Bürokratieentlastungsgesetzen Bürokratiekosten in Milliardenhöhe eingespart. Die "One in, one out"-Regel sowie die Schaffung des Normenkontrollrats (NKR), der den Bürokratieabbau steuert, waren wichtige strukturelle Reformen. Der Bürokratiekostenindex erreichte 2021 seinen historischen Tiefstand. Seit dem Amtsantritt der Ampel steigt er wieder an und auch die Bürokratie-Belastung der Unternehmen, wie der sogenannte Bürokratiekostenindex zeigt.

Mit unsubstantiierten Ankündigungen und dem "Deutschlandtempo" der Ampel bauen wir keine Bürokratie ab. Obwohl alle Minister dem NKR Vorschläge zum Abbau überflüssiger Vorschriften einreichen sollten, hat beispielsweise Umweltministerin Lemke bislang keinen einzigen Vorschlag gemacht.

Die CDU/CSU knüpft mit ihrer "Agenda Bürokratieabbau", die unnötige Regulierungen abbauen will, an die Vorschläge zur Modernisierung der staatlichen Strukturen aus der letzten Wahlperiode an. Unser Ziel ist es, den Staat einfacher, agiler, digitaler und resilienter zu gestalten. Unsere wichtigsten Forderungen sind:

- Bürokratiebremse: sofortige Rücknahme neuer Belastungen, wenn eine bestimmte Bürokratiequote überschritten wird.
- "One in, two out"-Regel.
- 1:1 Umsetzung von EU-Vorhaben: Bei der Umsetzung in nationales Recht darf in Deutschland nicht über den europäischen Standard hinaus reguliert werden.
- Bürokratiestopp und Belastungsmoratorium auf EU-Ebene: Keine neuen bürokratischen Regelungen, bis die EU in Sachen Wettbewerbsfähigkeit ihren Rückstand im globalen Wettbewerb aufgeholt hat.
- Digitalcheck von Gesetzen: Der effiziente digitale Vollzug von Neuregelungen (Digitaltauglichkeit) muss bei jeder Gesetzeserstellung von Anfang an mitgedacht und verbindlich geprüft werden.

Cannabislegalisierung stoppen, Gesundheitsschutz verbessern – Prävention und Forschung stärken

Der Bundestag hat erstmals einen Entwurf der Ampel eines Cannabis-Legalisierungsgesetzes beraten. Privater Eigenanbau, gemeinschaftlicher nichtgewerblicher Eigenanbau und die "kontrollierte" Weitergabe von Konsumcannabis durch Anbauvereinigungen an Erwachsene zum Eigenkonsum soll damit ermöglicht werden. Die Union hat einen eigenen Antrag eingebracht, denn die Pläne der Ampel würden zu einer Ausweitung des Konsums und somit zu schweren gesundheitlichen Folgen führen – insbesondere bei Kindern und Jugendlichen unter 25 Jahren, da bei ihnen die Entwicklung des Gehirns noch nicht abgeschlossen ist.

Parallel zu den Legalisierungsplänen sollen "Aufklärungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs" im Bundeshaushalt 2024 um 4 Mio. Euro gekürzt werden. Eine Entlastung der Justiz oder ein Zurückdrängen des Schwarzmarktes wird mit dem Gesetz nicht erreicht. Viele Vorgaben dürften außerdem kaum kontrollierbar sein. Wir lehnen daher eine Legalisierung von Cannabis ab und setzen uns vielmehr für eine verstärkte Prävention und Aufklärung über die Gefahren, die durch den Konsum von Cannabis entstehen können, ein.



Bildquelle: Hermann Färber

Übergabe der Erntekrone durch die Landjugend

Letzte Sitzungswoche wurde dem Agrarausschuss eine neue Erntekrone übergeben. Dieses Jahr übergab der Landjugendverband Sachsen-Anhalt e.V. gemeinsam mit dem Bund der Deutschen Landjugend (BDL) das Gesteck aus Dinkel, Triticale, Roggen, Hafer, Raps und Durumweizen. Die Erntekrone soll den Bundestag daran erinnern, dass der Nachwuchs in der Landwirtschaft genauso wenig selbstverständlich ist wie eine gute Ernte. Ein schwieriges Erntejahr wie dieses macht deutlich, wie viele Menschen für unsere heimischen Lebensmittel hinter den Kulissen hart arbeiten. Sie zeigt außerdem die Vielfalt, die auf unseren heimischen Feldern wächst.

Schwerpunkte des gemeinsamen Gesprächs waren die Nachwuchsgewinnung in den grünen Berufen, die Zukunft der Tierhaltung und die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz. Ersteres sehen die Jugendlichen in der fehlenden Planungssicherheit, dem Ausmaß an Bürokratie sowie den fehlenden Anreizen und der fehlenden Wertschätzung ihrer Arbeit begründet. Beim Umbau der Tierhaltung braucht es laut dem BDL Taten statt Worte, denn er sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der einer Finanzierungslösung bedarf. Solange diese nicht geklärt sei, könnten die Junglandwirtinnen und -landwirte nicht in tierwohlgerechtere Ställe investieren. Wenn der Bund die Mehrkosten für mehr Tierwohl und Klimaschutz nicht aufbringen könne, werde die Zahl der tierhaltenden Betriebe hierzulande weiter sinken.

Ein weiterer Kritikpunkt waren die vorgesehenen Kürzungen im Bundeshaushalt 2024 in Höhe von 19 Prozent im Kinder- und Jugendplan, die einen Strukturabbau in der Jugendverbandsarbeit nach sich ziehen würde. Jugendverbände festigen soziales Engagement, die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung und wirken präventiv, sodass Jugendliche nicht in Problemlagen geraten. Diese Kürzung, die direkt das ehrenamtliche Engagement und das Aufwachsen unserer Jugendlichen beeinflusst, halte ich für einen großen Fehler.

Es ist mir angesichts der tatkräftigen und zukunftsgerichteten Junglandwirte, mit denen ich regelmäßig im Gespräch bin, ein besonderes Anliegen, dass der von der Borchert-Kommission und der Zukunftskommission Landwirtschaft mühsam ausgehandelte gesellschaftliche Kompromiss nicht zerbricht - damit der Beruf Landwirt weiterhin eine Zukunft in Deutschland hat.

Festakt zum Tag der Deutschen Einheit

Traditionsgemäß lud auch dieses Jahr die Junge Union Kreis Göppingen und die CDU Eislingen zum Festakt anlässlich des Tags der Deutschen Einheit ein. Der 3. Oktober ist ein Tag zum Feiern, aber er muss uns auch ein Mahnmal dafür sein, dass Frieden und Demokratie zerbrechliche Güter sind. Die Wiedervereinigung hat uns gezeigt, dass Mut, der Wille nach Freiheit und Demokratie im wahrsten Sinne des Wortes Mauern einreißen können. Es ist unsere Pflicht und unsere Verantwortung, diesen Frieden zu bewahren sowie unsere Demokratie und unsere christlich-demokratischen Grundwerte jeden Tag aufs Neue mit Leben zu füllen.

Unsere Demokratie wird durch immer neue Herausforderungen auf die Probe gestellt. Fehlt in diesen Zeiten eine führungsstarke Regierung und ein Problembewusstsein für die Sorgen der Bevölkerung, entsteht Unsicherheit. Manche Menschen wenden sich dann aus Frust einer populistischen Partei zu. Was wir brauchen - und das habe ich in meiner Rede in Eislingen deutlich gemacht - ist genau das Gegenteil: Eine Zuwendung zu demokratischen und lösungsorientierten Parteien sowie eine Politik, die Vertrauen und Verbindlichkeit schafft und die Sorgen der Menschen in der Mitte der Gesellschaft diskutiert und nicht an den Rändern!

Vor 33 Jahren haben es die Politik und die Bürger gemeinsam geschafft, ein geteiltes Land wieder zu vereinen und zwei unterschiedliche politische und wirtschaftliche System zusammenzuführen. Auf Basis unseres gemeinsamen Wertekonsens konnten wir schon viel erreichen, weil sich Menschen in allen Lebens-, Arbeits-, Politik- und Gesellschaftsbereichen für die Gemeinschaft engagiert und Verantwortung übernommen haben. Mit diesem Zusammenhalt haben wir in der Vergangenheit schon viele Krisen gemeistert. Das brauchen wir auch für die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft.



Terminvorschau

22. Oktober: Erntedankfest des Kreisbauernverbands in Eschenbach

24. Oktober: Bundestagsbesuch des Schulverbands der Realschule Süßen in Berlin

25. Oktober: CDU Kreisvorstandssitzung und Ortsvorsitzendenkonferenz in Süßen

26. Oktober: Feierstunde mit Absolventen der IHK und Preisverleihung des "Manfred-Gebauer-Preis" in Göppingen sowie Vorstandssitzung der CDU Böhmenkirch

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de